ARBEITSLOSENGELD

CDU warnt vor Reform

NORBERT MILLAUER / DDP

In der Union wächst der Widerstand gegen eine Reform des Arbeitslosengeldes, die SPD-Chef Kurt Beck will. Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Wolfgang Böhmer, sagte, Ziel müsse es sein, Arbeitslose so schnell wie möglich wieder in Arbeit zu bekommen – da sei es nicht sinnvoll, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zu verlängern. „Ich fände es sinnvoller, zusätzliche Mittel für die Qualifizierung von Arbeitslosen einzusetzen, statt Arbeitslosigkeit höher zu alimentieren“, so Böhmer. Der Hamburger Bürgermeister Ole von Beust warnt seine Parteifreunde davor, Überschüsse bei der Bundesagentur für Arbeit für eine Neuregelung zu verwenden: „Wir haben auf dem Parteitag in Dresden beschlossen, dass eine Reform des Arbeitslosengeldes nur kostenneutral sinnvoll ist.“ Es sei falsch, jetzt über zusätzliche Mittel und über deren Verteilung zu reden. Die Spitzen von Union und SPD wollen die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes künftig stärker staffeln. Die SPD will dazu Geld der Bundesagentur für Arbeit einsetzen. Auch der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) und sein baden-württembergischer Kollege Günther Oettinger halten dies für einen möglichen Weg. Zustimmung signalisiert die Union zu dem Vorhaben der SPD, einen Missbrauch der Reform durch Unternehmen zu verhindern. „Wir müssen dafür sorgen, dass Konzerne eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes nicht zur Frühverrentung nutzen“, sagt CDU-Wirtschaftssprecher Laurenz Meyer. Deshalb sollen Unternehmen das Arbeitslosengeld wieder erstatten müssen, wenn sie Ältere in die Frührente schicken. Eine entsprechende Vorschrift war erst im vergangenen Jahr abgeschafft worden, nachdem sie sich in der Praxis als unwirksam erwiesen hatte.

EUROPA

Unangekündigte Kontrollen

Die Europäische Union soll mit „unangekündigten Kontrollen durch unabhängige EU-Beamte“ sicherstellen, dass das Schengen-System funktioniert. Das fordert der Europaparlamentarier Manfred Weber, innenpolitischer Sprecher der christdemokratischen Fraktion, vor dem geplanten Wegfall der Personenkontrollen an den deutschen Grenzen zu Polen und Tschechien. Die Aufgabe könne etwa Beamten der EU-Grenzschutzagentur Frontex übertragen werden. Bislang führen Grenzschutzexperten aus den Mitgliedstaaten die Überprüfungen durch und stellten jüngst neun Schengen-Kandidaten ein insgesamt positives Zeugnis aus. In einem vertraulichen Bericht listet der EU-Ministerrat allerdings etliche Schwachpunkte bei den Kontrollen oder der Visavergabe auf. So kritisiert er unter anderem Polen wegen mangelhafter Überprüfungen an manchen Grenzübergängen; Estland drohe ein Mangel an Grenzbeamten, und Lettland sichere seine Seegrenzen nur ungenügend. Trotzdem hält die EU daran fest, die Kontrollen noch in diesem Jahr nach Osten an die Außengrenzen neuer Mitgliedstaaten zu verschieben. Die endgültige Entscheidung fällt voraussichtlich im November.

PETER VON STAMM / ACTION PRESS

NEBENTÄTIGKEITEN

Schily schweigt zu Beraterjob

Ex-Bundesinnenminister Otto Schily droht Ärger mit Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU). Grund: Der SPD-Bundestagsabgeordnete hat womöglich gegen das Abgeordnetengesetz verstoßen und veröffentlichungspflichtige Nebentätigkeiten verschwiegen. Weil Schily Meldungen, er habe vom 1. März bis 30. September 2007 für 140 000 Euro die von Korruptionsvorwürfen geschüttelte Siemens AG rechtlich beraten, bislang undementiert ließ, hat ihn Lammert schriftlich um Auskunft gebeten. Eine Antwort Schilys lag dem Bundestag bis vergangenen Freitag nicht vor. Dem SPIEGEL gegenüber erklärte Schily: „In meiner Eigenschaft als Bundestagsabgeordneter schließe ich grundsätzlich keine Beratungsverträge ab.“ Allerdings sei „die Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter“ nach seinem Verständnis auch „kein Beruf“. Über seine „Anwaltstätigkeit“ – die er „nicht als Nebentätigkeit betrachte“ – könne er „keinerlei Auskünfte erteilen“. Dass „die Rechtslage“, wie es in der Bundestagsverwaltung heißt, „eine andere ist und die Offenlegungspflichten für Abgeordnete eindeutig sind“, scheint dem Ex-Minister egal: „Angaben über Einzelheiten meiner Anwaltstätigkeit sind mir auf Grund meiner anwaltlichen Verschwiegenheitsverpflichtung auch gegenüber dem Bundestagspräsidenten nicht möglich.“

ZAURITZ / LAIF

Schily